

Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 18.10.2011

-öffentlich-
-einstimmig-

Stellungnahme des Integrationsrats zum Bericht Migration und Gesundheit

Der Integrationsrat begrüßt den umfangreichen Bericht des Gesundheitsamtes über Migration und Gesundheit.

Die Erkenntnisse aus vorausgegangen Berichterstattungen haben sich zum wiederholten Male bestätigt. Gegenüber der Gesamtbevölkerung haben Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Durchschnitt ein deutlich höheres Armutsrisiko. Soziale Benachteiligung hat negative Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der betroffenen Menschen.

Besonderen Risiken und Belastungen sind nach dem Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes „Migration und Gesundheit“ folgende Gruppen ausgesetzt:

- Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien mit Migrationshintergrund
- Ältere Menschen bzw. Senioren mit Migrationshintergrund
- Frauen mit Migrationshintergrund und
- Personen ohne rechtlich gesicherten Aufenthaltsstatus / Flüchtlinge.

Im Einzelnen sind folgende Punkte anzumerken:

1. Eine nachhaltige Gesundheitsförderung und Prävention auf Stadtteilebene wird aufgrund der oben genannten Punkte sehr begrüßt. Für die Planung solch eines Angebots sollten verschiedene Ämter der Stadt Nürnberg und andere Organisationen kooperieren, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen.
 - a. Um gesundheitsbewusstes Verhalten bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, sollten Jugendgesundheitstage an Schulen, Horten, etc. angeboten werden. Jugendgesundheitstage finden bereits an anderen Schulen Bayerns statt.
 - b. Der Integrationsrat befürwortet die Idee, eine kommunale Gesundheitskonferenz in Nürnberg zu veranstalten, zu der die Wohlfahrtsverbände, private Initiativen gemeinsam mit Vertretern der Ärzteschaft und der Krankenkassen eingeladen werden sollen.
2. Die bestehenden Gesundheitsangebote müssen im Sinne der kultursensiblen und muttersprachlichen Versorgung weiterentwickelt und somit Zugangsbarrieren abgebaut werden. Der Einbezug von Menschen mit Migrationshintergrund in diesen Prozess ist unabdingbar. Auch müsste an der Vernetzung der

bestehenden Angebote gearbeitet werden. Ziel ist es, gemeinsam gesundheitsgerechte Verhältnisse zu schaffen und diese nachhaltig zu verbessern.

3. Fachpersonal (Leitung sowie Pflegekräfte) in Gesundheitseinrichtungen sollten im Bereich der Interkulturellen Kompetenz qualifiziert sein bzw. qualifiziert werden.
4. Die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen im Bereich der Pflegeberufe sollte angestrebt werden.
5. Die Möglichkeiten, die das Asylbewerberleistungsgesetz für Menschen ohne Krankenversicherung bietet, sollten optimal ausgeschöpft werden.

Nürnberg, 18.10.2011

Vorsitzende



Diana Liberova

Schriftführerin



Natalya Adah